

Niemand kann leugnen, daß die von Bonn seit mehr als zwanzig Jahren betriebene Politik der Nichtanerkennung der DDR eine der Hauptursachen für das Fortbestehen der Spannungen im Herzen Europas ist. Diese Politik der Alleinvertretungsmaßnahme, der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR, der völkerrechtswidrigen Tätigkeit gegen den sozialistischen deutschen Staat, der ständigen Versuche, ihn zu diskriminieren, hat die Atmosphäre vergiftet. Die Fortsetzung dieser Politik, in welcher Form auch immer, birgt die Gefahr von Konflikten in sich und stellt damit eine permanente Bedrohung des Friedens dar.

Schließlich gibt es genügend Bonner Selbstzeugnisse über die Motive der Verweigerung völkerrechtlicher Beziehungen, zur DDR. Die „Frankfurter Allgemeine“, Sprachrohr der CDU/CSU, gestand wörtlich noch am 19. Mai 1970: „Wir haben die DDR nicht anerkannt, weil wir hofften, sie beseitigen zu können.“ Nicht anders Springers „Welt“ am 18. Februar 1970: „Vom Zeitpunkt der Anerkennung an wäre die Bundesrepublik verpflichtet, die DDR als Mitglied der Völkergemeinschaft mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten zu behandeln.“ Und Herbert Wehner, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, sieht — wie die „Welt“ am 19. Januar 1970 berichtete — „bei einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR keine Chancen für revolutionäre Regungen“ in Osteuropa“.

Es ist also keine Erfindung von uns, wenn wir sagen, daß die Weigerung, die DDR völkerrechtlich anzuerkennen, darauf abzielt, sich den Weg für feindliche Aktionen gegen die DDR und die anderen sozialistischen Staaten offen zu

halten. Wer das Völkerrecht als Grundlage für die Beziehungen zu seinem Nachbarstaat ablehnt, führt etwas gegen das Völkerrecht im Schilde. Dabei ist vor allem zu beachten: Die Grenze zwischen der DDR und der BRD ist keine Grenze schlechthin. An dieser

Was steckt hinter der „innerdeutschen“ Formel?

Nun hat sich bekanntlich in den letzten Jahren das Kräfteverhältnis erheblich zugunsten des Sozialismus verändert. Die Hallstein-Doktrin ist bankrott. Angesichts der Gefahr völliger Isolierung sehen sich die Gegner des Sozialismus genötigt, ihre alte Zielsetzung mit neuen Methoden und neuen Formeln anzugehen. Die Regierung Brandt/Scheel beteuert heute, auch sie strebe ein friedliches Nebeneinander mit der DDR an, nur müßten das „besondere“ Beziehungen sein, die das „innerdeutsche Verhältnis“ berücksichtigen.

Was aber soll das „Besondere“ an diesen Beziehungen sein? Wodurch sollen sie sich von denen anderer Staaten unterscheiden? Die alte Leier: Das Völkerrecht soll ausgeschlossen werden. Die BRD will den Beziehungen zur DDR keinen normalen völkerrechtlichen Charakter verleihen. Das ist natürlich unhaltbar. Nur wer gegenüber dem anderen Staat uneingeschränkt die Regeln des Völkerrechts zugrunde legt, zeigt damit, daß er die Unverletzlichkeit der Grenzen dieses Staates vor aller Welt anerkennt und garantiert, daß er sich jeder Einmischung zu enthalten verpflichtet, daß er die Rechtshoheit des anderen Staates in vollem Umfange, ohne Winkelzüge und Vorbehalte, zu achten gewillt ist. Nur auf diese Weise können rechtsverbindliche Beziehungen zustande kommen und zur Grundlage vertraglicher Vereinbarungen werden, die keine

Grenze stehen sich die beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme Sozialismus und Imperialismus unmittelbar gegenüber. Hier liegt unzweifelhaft ein neuralgischer Punkt für den Frieden. Gerade hier darf das Völkerrecht nicht ausgeklammert werden.

Seite ungestraft brechen kann.

Und was hat es mit der Konstruktion eines „innerdeutschen Verhältnisses“ auf sich? Das ist im Grunde die alte revanchistische Alleinvertretungsmaßnahme in neuem Gewände. Die Herren in Bonn bilden sich ein, auf diese Weise die souveräne sozialistische DDR doch noch zu einem Teil der Bundesrepublik stempeln zu können. Man will Illusionen über eine Vereinbarkeit von Imperialismus und Sozialismus wecken und sich Möglichkeiten zur Unterminierung unserer Ordnung und zum Export bürgerlicher, nationalistischer ideologischer Konterbande schaffen. Bonn spricht von einem „innerdeutschen Dach“. Über dieses „innerdeutsche Dach“ möchte der westdeutsche Imperialismus den „Einstieg in die DDR“ bewerkstelligen, wie man sich offenerzig auszudrücken beliebt. Das ist natürlich ebenso unhaltbar. Zwischen der sozialistischen DDR und der imperialistischen BRD kann es keine „innerdeutschen Beziehungen“ geben. So wenig wie man Feuer und Wasser vereinigen kann, lassen sich Sozialismus und Imperialismus unter ein „innerdeutsches Dach“ zwängen. Sogenannte „innerdeutsche Beziehungen“, die das Völkerrecht ausklammern und Möglichkeiten einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR offenhalten, wären keine Barriere gegen eine